

## Die Feinde Und Die Freunde Des Islam

Siegfried Kohlhammer

### Die Feinde und die Freunde des Islam

Erstmals in Merkur, Nr. 558/559, Sept./Okt. 1995 wiederveröffentlicht im Merkur, Nr. 631, Nov. 2001.

*Mais qui a peur de la Terreur?*

Robespierre

#### **Die Behauptung des Feindbildes**

Seit Beginn der neunziger Jahre wird in der Bundesrepublik Deutschland die Existenz eines neuen Feindbilds im Westen konstatiert und beklagt - der Islam. In der SZ vom 16. Februar 1991 berichtet der Ordinarius für Orientalistik an der Universität Tübingen, Heinz Halm, Wie im Westen der Islam zum Neuen Feindbild aufgebaut wurde. Als Beleg dafür werden zwei Autoren angeführt: Gerhard Konzelmann und Peter Scholl-Latour. An den „Sachbüchern“ des „Laien“ Konzelmann werden Fehler kritisiert und vor allem seine Ansicht, dass es von jeher das Ziel des Islam sei, die ganze Welt zu islamisieren. Dieser Punkt wird auch gegen Scholl-Latour vorgebracht, bei dem aber die „historischen Fakten im allgemeinen sorgfältig recherchiert (sind)“. Aus anderen westlichen Ländern führt Halm keine Belege für seine These an. Und warum wird „ein neues Feindbild an die Wand gemalt“? Laut Halm besteht dafür „offenbar ein Bedarf ..., seitdem das alte des Kalten Krieges nicht mehr schreckt“.

In den folgenden Jahren findet sich diese Argumentation oder auch einfach nur die Behauptung eines weit verbreiteten Feindbilds Islam wiederholt in deutschen Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln und Büchern. Auf einer Münchner Tagung von NATO-Ländern im Februar 1992 warnt der außenpolitische Sprecher der SPD, Norbert Gansel, davor, den islamischen Fundamentalismus zum neuen Feind aufzubauen, und Willy Wimmer vom Verteidigungsministerium wirft dem Westen vor, auf die algerische FIS ebenso nervös reagiert zu haben wie auf die Aufstellung der sowjetischen SS-20 Raketen in den achtziger Jahren. In einem Artikel in der Zeit (20. November 1992) erklärt Fritz Steppat, Islamwissenschaftler an der FU Berlin, dass viele Muslime aus einem Gefühl der Abhängigkeit und Bedrohung dazu neigen, „sich von Feinden umringt zu sehen, die ihnen wegen ihrer Religion Böses antun wollen – ganz ähnlich wie im Westen bisweilen der Islam pauschal als Feind hingestellt wird. Solche Feindbilder sind gefährlich.“ In der Ausgabe vom 18. Juni 1993 wirbt die Zeit für ihr Magazin Der Islam – Feind des Westens?: „Nach dem Ende des Kalten Krieges halten viele nach einem neuen Feind Ausschau – mindestens nach einem neuen Feindbild. Der Islam bietet sich an ... Doch gruselige Panikmache und schreckliche Vereinfachung sind“, so erfährt der Leser zu seiner Überraschung – „fehl am Platze.“ Am 29. April 1994 warnt Helmut Schmidt in seiner Zeitung vor der „Gefahr, dass – nach dem Fortfall des sowjetischen Imperiums – der Westen sich ein neues, antiislamisches Feindbild schafft“. Einen Grund dafür sieht Schmidt in folgendem: „Mit wenigen Ausnahmen wissen wir Europäer fast nichts vom Islam, wir verstehen ihn kaum.“

Einen Monat später warnen Bundesaußenminister Kinkel und sein niederländischer Kollege Kooijmans davor, „nach dem Wegfall des Ost-West-Gegensatzes den Islam

zum neuen Feindbild in Europa aufzubauen“. Der Islam dürfe nicht mit Extremismus und Fundamentalismus gleichgesetzt werden. Mit der islamischen Welt müsse man sich beschäftigen.“ Wir wissen noch zu wenig darüber“, so Kinkel.<sup>1</sup>

Soviel ist jedoch klar, „wir Westeuropäer müssen dem ›Feindbild Islam‹ in Europa entgegentreten“, so Thomas Hartmann in der taz (7.März 1995); Das „gegenwärtig gepflegte Feindbild Islam“ sei gefährlich, heißt es bei Gernot Rotter in der Zeit (12.Mai 1995). Die Überzeugung, dass dieses Feindbild eine Gefahr darstellt, scheint mittlerweile so weit verbreitet zu sein, dass es als wissenschaftspolitisches Druckmittel zur Einrichtung eines Lehrstuhls für islamische Kunstgeschichte eingesetzt werden kann: „Dabei erscheint es gerade heute dringend geboten, dem sich in der Öffentlichkeit zu einem Feindbild Islam entwickelnden Verhältnis zur islamischen Welt eine historische Korrektur angedeihen zu lassen – in welchem Bereich wäre dies leichter verständlich zu machen und überzeugender als in der Kunst?“ (Claus-Peter Haase in der SZ vom 18.Februar 1995) „Den Islam nicht verteufeln“ betitelt Wolfgang Günter Lerch (FAZ, 28.Dezember 1994) seinen Kommentar zu der Flugzeugentführung durch algerische Islamisten, <sup>2</sup> bei der diese drei Geiseln ermordet und die Sprengung der Maschine über Paris geplant hatten. Einen der besten deutschsprachigen Nahost-Korrespondenten beschäftigt angesichts des gegen Europa gerichteten Terrors in erster Linie die Sorge, dass eine negative Sicht des Islam bei seinen Landsleuten verstärkt wird – wofür es während des gesamten Zeitraums der Entführung keine Anzeichen gab. Ein möglicherweise als Reaktion auf das Morden entstehendes Feindbild in den westlichen Köpfen scheint den Gesinnungswächtern bedrohlicher als das Morden selbst: „In Algerien wird gemordet“, stellt Elisabeth Endres wahrheitsgemäß fest (SZ, 20. Juli 1994); „niemand wird die Überfälle in Algier beschönigen wollen. Aber die größere Gefahr für die europäische Mentalität stellt der altneue Anti-Islamismus dar, der verzerrte Realität verinnerlicht und ein irreales Teufelsbild produziert.“ Einen „nahtlosen Feindbildwechsel“ konstatiert Jakob Augstein in der SZ (21. Januar 1995). „Kaum ist der Kommunismus ausgetrieben, hat der Westen mit dem Islam seinen neuen Dämon. Im World Trade Center fliegt die Tiefgarage in die Luft, algerische Terroristen planen zu Weihnachten die Explosion einer Air France Maschine über Paris“. Von Lappalien wie einer beschädigten Tiefgarage und einem misslungenen Anschlag irgendwelcher algerischer Terroristen lässt sich der Westen zur Dämonisierung des Islam verleiten. Aber im World Trade Center nahm nicht nur die Tiefgarage Schaden: 1042 Menschen wurden verletzt, sechs starben (und dass es nicht mehr waren, lag nicht am guten Willen der islamistischen Terroristen). Die algerischen Fundamentalisten scheiterten nicht nur mit ihrem Plan; mit ihrem Mord

---

<sup>1</sup> Dass man im Westen nichts vom Islam, den islamischen Kulturen und Ländern wisse, ist ein in Orient wie Okzident ad nauseam wiederholtes Klischee, das vor allem eines beweist: dass man nichts weiß über die einschlägigen Institute und Fachbereiche im Westen, die ungeheure und nicht zu bewältigende Zahl von Publikationen – von der Fachliteratur über die Sachbücher kompetenter Autoren wie Lerch oder Hottinger bis zu den oft sorgfältig recherchierten Berichten und Analysen in den Medien. Siehe dazu Daniel Easterman, New Jerusalem. Reflections on Islam, Fundamentalism and the Rushdie Affair. London: Grafton 1992: “The output of serious academic publications about Islam has grown in the West to the dimensions of a small industry. The same cannot be said for serious work on Western religion within Islam.“ – Dass das Verhältnis des christlichen Europa zur islamischen Welt nur von Hass, Missverständnis und Unkenntnis bestimmt gewesen sei, ist falsch. Diese Ansicht beruht eher auf Selbsthass und Unkenntnis der eigenen Geschichte. Siehe dazu Maxime Rodinson, Die Faszination des Islam. München: Beck 1991f

<sup>2</sup> Ich benutze die Wörter (islamische) Fundamentalisten und Islamisten synonym. Die Unterschiede zwischen traditionellen islamischen Fundamentalisten (z.B. Saudi-Arabien), Neofundamentalisten (z.B. Sudan, algerische FIS) und Islamisten (z.B. Iran) sind für meine Überlegungen nicht wichtig.

an drei Menschen waren sie erfolgreich. Aussagen von Bonner Sicherheitsexperten, dass die islamistischen Terroristen inzwischen für Deutschland gefährlicher seien als die Rote Armee Fraktion, werden von Augstein umstandslos als Beleg für das Feindbild Islam angeführt.

### **Die Dürftigkeit der Belege**

Auffällig an den Artikeln und öffentlichen Äußerungen in Deutschland, die vor dem „Feindbild Islam“ warnen, ist die Dürftigkeit ihrer Belege dafür, dass dieses Feindbild überhaupt verbreitet ist. Der Verdacht, dass die Existenz des Feindbildes Islam im Wesentlichen mit der Rede über das Feindbild Islam bewiesen wird, verstärkt sich, wenn man die Belege in Andrea Luegs Aufsatz „Das Feindbild Islam“ in der westlichen Öffentlichkeit<sup>3</sup> überprüft. Lueg zitiert immerhin 41 Artikel und Bücher sowie einen Vortrag, von denen aber nur ein Drittel als direktes Belegmaterial für ihre These dienen kann, die restlichen zwei Drittel sind Arbeiten, die ihrerseits die These vom Feindbild Islam vertreten. Aber auch jenes eine Drittel erweist sich bei näherem Hinsehen als nicht beweiskräftig. So wird aus dem Spiegel-Artikel „Unser Marsch hat begonnen“ (1. Februar 1993) der Satz zitiert „Schon bald könnte Europa einen fanatischen Gottesstaat vor der Haustür haben“, weil, wie Lueg schreibt, „Moslems aus aller Welt ihren Glaubensbrüdern auf dem Balkan zu Hilfe eilen würden“. Im Spiegel-Artikel ist aber Algerien gemeint: Falls der FIS die Unterwanderung der algerischen Streitkräfte gelinge, so ein westlicher Diplomat, „›dann sind die Tage der Regierung gezählt – und die Europäische Gemeinschaft hat eine islamische Republik vor der Haustür‹.“ Der Spiegel spricht von islamischen „Fundamentalisten“, nicht vom Islam; Lueg macht daraus die Behauptung einer „›islamischen Bedrohung‹“ seitens des Spiegels. Dieselbe Art von Verdrehung und Verfälschung widerfährt dem Aufsatz von Jürgen Liminski Europas Bedrohung durch den islamischen Radikalismus (Das Parlament, 10.–17. Januar 1992). Während die Feindbild-Islam-Kritiker dringend davor warnen, die Fundamentalisten/Islamisten mit dem Islam gleichzusetzen, gilt ihnen immer wieder Kritik am islamischen Fundamentalismus als Beleg für ein Feindbild Islam. In dem genannten Spiegel-Artikel kommen nicht nur international anerkannte Islamwissenschaftler wie Ernest Gellner und Bassam Tibi zu Wort, sondern auch Feindbild-Islam-Kritiker wie John L. Esposito, Heinz Halm und Udo Steinbach. Ob der Islamismus wirklich eine Bedrohung des Westens darstellt, lässt der Artikel offen – von einem Feindbild Islam kann keine Rede sein.

Verhetzte Brut ist ein weiterer Spiegel-Artikel betitelt (23. November 1992), den Lueg als Beleg dafür anführt, dass im Westen „mit Vorliebe von ›militanten Moslems‹, ›frommen Eiferern‹ oder einer ›religiös verhetzten Brut‹ die Rede (ist)“. Aber dieses Zitat hat der Spiegel – es wird über Ägypten berichtet – der linken Wochenzeitung El-Ahali entnommen, worin die ägyptische Regierung kritisiert wird, weil sie jahrelang nicht wahrhaben wollte, „dass die religiös verhetzte Brut eine ernste Gefahr nicht nur für das Leben einzelner, sondern für die Existenz unserer ganzen Gesellschaft darstellte“. Eine Kritik des Islamismus in einem islamischen Land dient als Beweis für ein Feindbild Islam im Westen. Die Subsumierung der Kritik an Missständen in islamischen Ländern und Kulturen unter den Feindbild-Islam-Vorwurf führt auch bei Lueg zu peinlicher Apologetik; so etwa in dem Abschnitt „Frauen im Islam“. Einer ihrer Belege ist der Spiegel-Artikel Knüppel im Kreuz, Kind im Bauch (29. Oktober 1990), in dem es vor allem um die Probleme der Türkinnen in der Bundesrepublik geht. Auch hier wird nur zitiert, in diesem Fall ein türkisches

<sup>3</sup> Jochen Hippler / Andrea Lueg (Hrsg.), Feindbild Islam. Hamburg: Konkret Literatur Verlag 1993

Sprichwort, wonach eine Frau „einen Knüppel im Kreuz und ein Kind im Bauch“ brauche. Dann fährt der Spiegel fort: „Dabei ist der Islam in seinem Ursprung keineswegs frauenfeindlich ... Eigentlich sei der Islam eine Religion gewesen, die sich ›in überraschend zeitgemäßer Weise mit den Rechten der Frau beschäftigte‹, schreibt die Türkin Naila Minai.“ Lueg bringt keinen einzigen spezifischen Einwand gegen die ausführliche Dokumentation zur Gewalt türkischer Männer gegen türkische Frauen und gegen die Argumentation des Artikels vor – statt dessen verweist sie auf die „Gewalt deutscher Männer“. „Offenbar dient das Klischee von der unterdrückten islamischen Frau dazu, von Missständen in unserer eigenen Gesellschaft abzulenken.“

Nicht mehr als drei Texte müssen die schwere Beweislast für ein Feindbild Islam in der nichtdeutschen „westlichen Öffentlichkeit“ tragen: ein Artikel im Economist, ein Buch des Franzosen Jean-Claude Barreau und das eines amerikanischen Autors, dessen Titel ohne bibliographische Angaben erwähnt wird – das hat Lueg offenbar nicht gelesen. Aber Hippler/Lueg geht es auch gar nicht um die präzise empirische Beschreibung, Analyse und Kritik eines nichtexistenten Problems, es geht um den Exhibitionismus der Tugend. Mit der These vom Feindbild Islam wird Böses imaginiert, von dem man sich zur Vermehrung des eigenen moralischen Kapitals entrüsten distanzieren kann. Auch ein Gefühl der Kollektivschuld an Kreuzzügen, Kolonialismus, neokolonialer Ausbeutung und antiarabischem Rassismus mag dabei eine Rolle spielen: Mit der Warnung vor dem Feindbild Islam bekundet man öffentlich, dass man an den böartigen Umtrieben und Vorurteilen seines Kollektivs nicht beteiligt ist. Und indem sie alle Westler in welthistorische Sippenhaft nehmen, können die Feindbild-Islam-Mahner die vorteilhafte Rolle des Wachpersonals spielen.<sup>4</sup>

Es wäre zudem sicher ratsam, den Begriff „Feindbild“ zu unterscheiden von Begriffen wie Vorurteil, Stereotyp, Klischee und Kritik. Dass es im Verhältnis zum Islam – wie zum Buddhismus oder Vatikan – Vorurteile und Stereotypen gibt, davon kann man auch ohne irgendwelche Realkenntnisse ausgehen. Das ist unser intellektueller Normalzustand, solange wir uns nicht intensiv mit einer Sache beschäftigen. Aber das konstituiert noch kein Feindbild.

Weiterhin scheint es mir empfehlenswert, ein „Feindbild Islam“ von Xenophobie und Rassismus zu unterscheiden, die allerdings ein sehr reales Problem in den westlichen Ländern darstellen. Die Feindseligkeit und die gewaltsamen Übergriffe bis zum Mord, denen Menschen islamischen Glaubens seitens vieler Menschen im Westen ausgesetzt sind, sind im Allgemeinen nicht religiös, antiislamisch, motiviert, sondern durch Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Ein christlicher Araber (oder Vietnameser oder Schwarzafrikaner), der Neonazis durch den Hinweis auf seinen christlichen Glauben von Gewalttätigkeiten abzubringen hoffte, würde wohl nur Hohngelächter auslösen.

Das macht die Sache wahrlich nicht besser – will man jedoch etwas ändern, geht man vorzugsweise von den wirklichen Ursachen aus. Das Gerede vom Feindbild Islam verundeutlicht sie aber und lenkt davon ab.

Anders als in den islamischen Ländern ist die Religionszugehörigkeit im Westen keine der primären Wahrnehmungs-, Bewertungs- und Unterscheidungskategorien mehr: Die von (muslimischen) indonesischen Truppen an der (christlichen) Bevölkerung Osttimors verübten Massaker (etwa 200000 Tote) werden nicht als ein

---

<sup>4</sup> Vgl. dagegen die Untersuchung arabischer und israelischer Schulbücher in David K. Shipler, Arab and Jew. Wounded Spirits in a Promised Land. Harmondsworth: Penguin Books 1987.

Kampf von Muslimen gegen Christen wahrgenommen und verurteilt, sondern als Menschenrechtsverletzungen. Sowohl im Fall des christlichen Äthiopien wie dem des muslimischen Somalia löste das Elend der Bevölkerung eine enorme Welle von Hilfsbereitschaft aus, und unter dem Druck der Öffentlichkeit wurden schließlich auch UNO-Truppen – vor allem aus dem Westen – in Somalia eingesetzt. Im Krieg im ehemaligen Jugoslawien steht die „westliche Öffentlichkeit“ ganz eindeutig auf Seiten des überwiegend muslimischen bosnischen Staates – gegen die christlichen Serben; die Hilfsbereitschaft gerade der Deutschen gegenüber den bosnischen Muslimen wird von Muslimen gelobt. Die Massaker an Christen im Südsudan durch die muslimischen Truppen der Zentralregierung wurden und werden als Bürgerkrieg oder Menschenrechtsverletzungen wahrgenommen (wenn überhaupt), nicht als Religionskrieg. Die Diskriminierung der christlichen Kopten in Ägypten und deren gewaltsame Verfolgung durch fundamentalistische Muslime löst im Westen keine besondere oder gar antiislamische Empörung aus.

Dass die Politik der westlichen Länder vom „voll entwickelten“ Feindbild Islam bestimmt sei, behaupten aber auch Hippler/Lueg nicht. In dem letzten Aufsatz des Buches und den Schlussfolgerungen stellen sie vielmehr ausdrücklich fest, dass dem nicht so ist. „Es ist seltsam: In der praktischen Politik der westlichen Staaten hat es oft den Anschein, als ob das Feindbild Islam keine oder nur eine untergeordnete Rolle spielte.“ Es ist in der Tat seltsam. Heißt es auf Seite 184: „Eher erfreulich ist der Schluss, dass die westliche Außenpolitik gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten rational ist“, erfährt der Leser auf der folgenden Seite, „dass die westlichen Medien, Publizisten und Politiker zu einem irrationalen Umgang mit dem Islam oder dem Islamismus neigen“. Die Welt ist kompliziert genug, muss man sie da noch durch Feindbild-Erfindungen zusätzlich komplizieren? „Selbstkonstruierte Feindbilder zu attackieren ist keine Kritik, sondern Demagogie“, erklären Hippler/ Lueg. „Schließlich kommt es ja darauf an, die Realität zu verändern, und nicht Hirngespinnste.“ Wo sie recht haben, haben sie recht. Braucht der Westen ein Feindbild? Die These vom neuen Feindbild Islam, das das alte Feindbild Kommunismus abgelöst habe, klingt plausibel, ist aber falsch. Die westlichen Gesellschaften sind prinzipiell säkulare und unheroische Gesellschaften des Kompromisses, die lieber ehrlos auf den Knien leben als sterben wollen. „Hier stehe ich, ich kann auch anders.“ Es ist eine von Interessen, nicht von Tugend und Glauben bestimmte, eine a-moralische Gesellschaft, wie Gellner sie genannt hat, deren Ziel nicht „vollkommene Tugend“ ist, sondern „die Verminderung von Unannehmlichkeit“.<sup>5</sup>

Die wirtschaftliche und politische Interessenlage der westlichen Länder macht ein Feindbild Islam nicht notwendig oder empfehlenswert, weder außen noch innenpolitisch. In vielen westlichen Ländern – vor allem Frankreich, Großbritannien und Deutschland – gibt es große und wachsende muslimische Minderheiten, von denen wiederum eine erhebliche Zahl die Staatsbürgerschaft dieser Länder hat. Will die westliche säkulare Zivilgesellschaft sich nicht als solche aufgeben, muss sie an einer Integration dieser Muslime interessiert sein, sei es nun nach dem Modell der Assimilation, der multikulturellen Gesellschaft oder welchem auch immer. Die Produktion und Propagierung eines antiislamischen Feindbildes sind dazu offenbar nicht geeignet und würden möglicherweise bürgerkriegsähnliche Zustände heraufbeschwören, woran keine der relevanten gesellschaftlichen Gruppen interessiert ist. Die Regierungen der westlichen Länder tolerieren auch islamistische Organisationen und Individuen, die offen antiwestliche und verfassungs-

---

<sup>5</sup> Ernest Gellner, Conditions of Liberty. Civil Society and Its Rivals. London: Hamish Hamilton 1994

beziehungsweise rechtsfeindliche Ziele propagieren und aktiv verfolgen. Auch innenpolitisch wird also in der Regel selbst in diesen Fällen die Appeasement - Strategie einer Konfrontation vorgezogen.

### *Der real existierende Islam*

„Alle Regime in der Welt des Islam sind in unterschiedlichem Maße autoritär und despotisch“, schreibt Bassam Tibi.<sup>6</sup>

„In der gesamten arabischen Welt gibt es nicht ein einziges demokratisches Regime, nicht einen Rechtsstaat“, leitet die taz einen Aufsatz von Hisham Ben Abdallah al-Alawi ein (Le Monde diplomatique, 14. Juli 1995). „Only the Arab world – which doesn't even have a single elected mayor – has remained immune from serious democratic experiments“, heißt es in David Lamb's The Arabs.<sup>7</sup>

Im linksliberalen New Statesman & Society (23. Februar 1991) schreibt Stephen Howe: „Ist denn nicht die ganze Region eine kulturelle Wüste, sind nicht ihre kreativsten Geister ins Exil, in die Speichelleckerei oder ins Schweigen getrieben worden? Ist die Diktatur nicht fast allgegenwärtig, und beruht die Massenopposition nicht statt auf demokratischen Werten auf religiösem Archaismus, ethnischer Ausschließung und Rachephantasien? Legt nicht all das Herumreiten auf vergangener Größe ... nur die Tatsache offen, dass es seit Jahrhunderten bergab geht? Und ist Saddams Irak das Ergebnis einer spezifisch irakischen Misere oder nur der symptomatische Tiefpunkt einer umfassenden arabischen Pathologie?“

Ende 1994 veröffentlichte die New Yorker Menschenrechtsorganisation Freedom House eine Bilanz zum Stand demokratischer Freiheiten und der Menschenrechte in der Welt im Jahre 1994. Nicht ein einziges der islamischen Länder gehörte zu den „freien“ Ländern, die Mehrzahl zu den „nicht freien“, der Rest zu den „teilweise freien“. (Subsahara-Afrika weist immerhin fünf „freie Länder“ auf, Ostasien mit Japan und Südkorea zwei, Mittel- und Südamerika elf). „Despotism tempered by assassination“ – die Formel Richard Burtons gilt auch heute noch für die Regierungsformen der islamischen Welt. Dabei scheint es keinen Unterschied zu machen, ob das betreffende Land säkular oder fundamentalistisch/islamistisch, Republik oder Monarchie ist. Der Irak wendet ebenso wie fundamentalistische Regime die barbarische Strafe der Scharia bei Diebstahl an und fügt ihr noch die Brandmarkung sowie für Deserteure die Amputation der Ohren hinzu. Öffentliche Hinrichtungen fanden und finden im Iran wie in Saudi-Arabien statt, in Syrien wie im Irak. Und wie der Islam dem Apostaten die Todesstrafe androht, so das Baath-Regime Saddam Husseins demjenigen, der die Baath-Partei verläßt und in eine andere Organisation eintreten will. Wie die Fundamentalisten zur Ermordung der ihren Forderungen nicht nachkommenden Regierenden aufrufen, so Gaddafi zum Mord an den Fundamentalisten, und Syriens Präsident Assad reagierte auf die Gewalttaten und Morde der dortigen Muslimbruderschaft mit dem Massaker von Hama im Februar 1982, dem mindestens zehntausend Menschen zum Opfer fielen. Ethnische und religiöse Minoritäten werden fast überall in der islamischen Welt diskriminiert oder gar verfolgt. Den Jahresberichten von Amnesty International zufolge werden in „keinem einzigen der 46 islamischen Länder ... die in der Deklaration der Menschenrechte von 1948 angeführten Rechte“ respektiert.<sup>8</sup>

<sup>6</sup> Bassam Tibi, Krieg der Zivilisationen. Politik und Religion zwischen Vernunft und Fundamentalismus. Hamburg: Hoffmann und Campe 1995

<sup>7</sup> David Lamb, The Arabs. Journeys Beyond the Mirage. New York: Vintage Books 1988

<sup>8</sup> Bassam Tibi, Im Schatten Allahs. Der Islam und die Menschenrechte. München: Piper 1994

Das dürfe man nicht mit dem Islam gleichsetzen, wird uns eingebläut, ohnehin gebe es den Islam nicht. Der Islam zeichne sich nämlich an sich und historisch durch Toleranz aus. Nun ist Toleranz im neuzeitlichen Sinne als die Anerkennung gleichberechtigter und vor dem Gesetz gleicher (religiös, politisch, ethnisch-kulturell, rassisch) Anderer weder im Islam noch in der Geschichte der islamischen – oder der meisten anderen, auch der vormodernen christlichen<sup>9</sup> Länder zu finden. Gegenwärtig von Interesse und wichtiger ist aber die Frage: Wie tolerant sind die islamischen Länder heute gegenüber religiösen und ethnischen Minoritäten? Wie tolerant ist der real existierende Islam? In welchem Maße respektiert er die Menschenrechte? Die drei Beispiele, anhand deren ich diese Frage beantworten möchte, mögen immerhin Zweifel wecken an dem unerträglich geschönten Bild, das uns die Apologeten des Islam `a l'eau de rose verkaufen wollen.<sup>10</sup> Und die bange Frage aufwerfen, ob der real existierende Islam nicht eigentlich ein Feind des Westens ist und in diesem Sinne ein Feindbild Islam realistisch und also wünschenswert wäre.

Dass auch ein unter dem Ausnahmezustand regiertes Land wie Ägypten noch als relativ liberal gilt, ist, blickt man auf seine islamischen Nachbarn – Libyen, Sudan, Saudi-Arabien – nicht so verwunderlich. Die Vielzahl der fundamentalistischen Gruppen in Ägypten und ihr Einfluss auf Staat und Gesellschaft sind bekannt. Weniger bekannt ist, dass sich die Gewalttätigkeiten vieler dieser Gruppen nicht nur gegen die bescheidenen Reste des säkularen ägyptischen Staates und der liberalen Intelligenzia richten, sondern auch gegen die christliche Minderheit: die Kopten. Wie viele Kopten in Ägypten leben, ist umstritten – der ägyptische Staat gibt sehr viel niedrigere Zahlen an als die Kopten selbst und weigert sich, eine Zählung vorzunehmen. Sicher ist jedenfalls, dass in Ägypten die größte christliche Minderheit in einem muslimischen Land lebt, circa fünf bis sieben Millionen, vielleicht gar zehn. Sie sind eine de jure wie de facto diskriminierte Minderheit, die zudem der gewaltsamen Verfolgung durch islamische Fundamentalisten und einen Teil der muslimischen Bevölkerung ausgesetzt ist, wogegen ihr der ägyptische Staat nicht nur unzureichenden Schutz gewährt, sondern in vielen Fällen Komplize dieser Verfolgung ist.

Die Atmosphäre von Angst, Bedrohung und mörderischer Gewalttätigkeit, in der die Kopten in Ägypten leben, ist eindringlich in einem Bericht Shyam Bhatias im Observer (5. Juni 1994) geschildert, in dem es um die gewaltsame Entführung junger Frauen und Mädchen und deren erzwungene Bekehrung zum Islam durch muslimische Fundamentalisten und die Untätigkeit oder Komplizität staatlicher Stellen geht. Nach Auskunft einer britischen Menschenrechtsgruppe und koptischer Christen spielt dabei auch Vergewaltigung zunehmend eine Rolle. In dem Punkt, dass mit dem vorehelichen Verlust der Jungfräulichkeit – ob erzwungen oder nicht – der Verlust der Ehre der Familie einhergeht, und dies nur durch den Tod der Frau wiedergutzumachen sei, sind sich Kopten und Muslime anscheinend einig. Im Kontext dieses im Körper und Verhalten der Frau zentrierten Ehrbegriffs wird auch von Saddam Hussein Vergewaltigung planvoll und systematisch als ein Instrument seiner Terrorherrschaft eingesetzt.<sup>11</sup>

<sup>9</sup> Die katholische Kirche hat sich erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit diesem Toleranzkonzept abgefunden.

<sup>10</sup> Die Formulierung stammt von Jean-Pierre P´eroncel-Hugoz, *Le radeau de Mahomet*. Paris: Flammarion 1984

<sup>11</sup> Siehe dazu Kanan Makiya, *Cruelty and Silence. War, Tyranny, Uprising and the Arab World*. Harmondsworth: Penguin 1994

Ein koptisches Gemeindeoberhaupt schätzt die Zahl der erzwungenen Bekehrungen zum Islam auf 7000 bis 10000. Hunderte davon, so Shyam Bhatia, „after sexual abuse at the hands of Muslim men.“ Shireen Farid Mikhail wird im Alter von zwölf Jahren von muslimischen Fundamentalisten entführt, die ihrem Vater einige Tage später telefonisch mitteilen, dass seine Tochter zum Islam übergetreten sei. Die Polizei weigert sich, sich mit dem Fall überhaupt zu beschäftigen; das Gericht, das sich schließlich dazu bereitfindet, ordnet nach einer Farce von Verhandlung die Registrierung von Shireen als Muslimin bei den lokalen Behörden an: Ein klarer Gesetzesverstoß, denn in Ägypten können Minderjährige ihre Religion nicht wechseln. Die britische Menschenrechtsgruppe registrierte Vorwürfe der Kopten gegen die ägyptischen Behörden, diese weigerten sich, in den Fällen erzwungener – auch durch Vergewaltigung – Konversion zum Islam für die Opfer und deren Familien tätig zu werden.

Die Zahl der Christen in Pakistan beträgt nur vier Prozent, was den dortigen Islamisten aber anscheinend dennoch zu viel ist. Pakistanische Christen klagen „über die Zerstörung von Kirchen und Dörfern durch islamische Extremisten“, so Eberhard Haubold in der FAZ (20. Februar 1995). Amnesty International kritisiert Pakistan im Juli 1994 wegen „Missbrauchs des Blasphemie-Gesetzes zur Verfolgung religiöser Minderheiten“ und dafür, dass „extremistische Gruppen das Gesetz in die eigenen Hände nehmen und Angehörige der religiösen Minderheiten (oder ihre Verteidiger) angreifen, verletzen oder töten“. In der Verschärfung des Blasphemie-Gesetzes und seiner zunehmenden Anwendung kommt der wachsende Einfluss der Islamisten auf die muslimische Bevölkerung und die Regierung zum Ausdruck. Ein christlicher Parlamentarier, der Jesus den Sohn Gottes genannt hatte, sieht sich heute wegen dieser Blasphemie mit der Todesstrafe bedroht. 1927 wurde dasselbe Vergehen – nach einem Gesetz der Kolonialzeit, das die Verletzung religiöser Gefühle unter Strafe stellte – mit höchstens zwei Jahren Gefängnis bestraft. Goldene Zeiten! 1986 wurde das Strafmaß von Zia ul-Haq auf zehn Jahre heraufgesetzt, woraus dann lebenslänglich wurde und schließlich auf Empfehlung des obersten islamischen Gerichts die Todesstrafe. Es ist eben nicht so, dass einige Extremisten die tolerante Islamische Republik Pakistan in Misskredit bringen, der Islam und die Muslime selber sind in Pakistan, wie Haubold schreibt, „militanter und fundamentalistischer“ geworden. Die religiöse Intoleranz richtet sich jedoch keineswegs nur gegen die Christen, sondern vor allem gegen andere Muslime wie die Schiiten oder muslimische Sekten, die als häretisch betrachtet werden wie die Ahmediyas, die 1974 zu Nicht-Muslimen erklärt und zunehmend entrechtet wurden. Ihnen ist gesetzlich verboten worden, sich Muslime zu nennen. 2432 Ahmadis wurden 1993 nach diesem Gesetz angeklagt, in sechs Fällen der Blasphemie.

Bei einem Treffen der UN-Menschenrechtskommission Anfang März 1994 kam es zu einer heftigen Konfrontation: Der Sudan klagte den UN-Beobachter Professor Gaspar Biro, einen ungarischen Juristen, der Blasphemie an. Biro war zu dem Schluss gekommen, dass die von der fundamentalistischen Regierung des Präsidenten Omar Hassan Ahmad El-Bashir nach dem islamischen Recht des Sudan konzipierten Strafen die – auch vom Sudan unterzeichneten – Menschenrechtsabkommen verletzen. Das sudanesisches Gesetz, wonach „ein Individuum für eine Gruppe hingerichtet werden soll und eine Gruppe für ein Individuum“, hatte vor allem Biros Missfallen erregt. Die Anklage der Blasphemie hatte er sich eingehandelt, weil er die Ansicht vertrat, der Umstand, dass dieses oder jenes Gesetz aus dem Koran abgeleitet wurde, sei irrelevant, es gehe einzig um die Vereinbarkeit mit den auch vom Sudan unterzeichneten internationalen Abkommen. Der sudanesischer Justizminister und Generalstaatsanwalt Abdulaziz Shiddo sah das anders. Er beschrieb Biros Bericht als



„satanisch“ und diesen selbst als „einen Feind des Islam“, der sich der „Blasphemie“ schuldig mache, da er aus dem Koran, dem Wort Gottes, abgeleitete Gesetze kritisiere. Biros Bericht „reflects a vicious attack on fundamental principles of Islamic penal legislation and against Islamic faith in general“. Die von der Regierung kontrollierte sudanesisische Presse stellte Biro auf eine Stufe mit Salman Rushdie.

Feindbild-Islam-Propagandist Biro hatte in seinem ersten Bericht über die Menschenrechtssituation im Sudan „ein düsteres Bild“ eines von einem jahrzehntelangen Bürgerkrieg zwischen dem islamischen Norden und dem animistischen Süden zerrissenen Landes gezeichnet, bei dem beide Seiten sich in großem Umfang Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht hatten. Ein halbes Jahr zuvor hatte ein Komitee des US-Kongresses den UN-Sicherheitsrat aufgefordert, ein Waffenembargo über den Sudan zu verhängen und die (fundamentalistische) sudanesisische Militärregierung wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen angeklagt. Die von dem Komitee gehörten Zeugen erklärten, dass im Sudan mehr Menschen leiden und sterben als in Bosnien oder in Somalia. Dem Vorsitzenden des Komitees zufolge werde eine ganze Generation von Südsudanesen in einem der am wenigsten beachteten Bürgerkriege der Welt ausgelöscht. In den vergangenen Jahren seien dort mehr als 500000 Menschen allein an Krankheiten und Hunger gestorben.<sup>12</sup>

Die Menschenrechtsgruppe African Rights legte im Juli 1995 einen 350seitigen Bericht vor, *Facing Genocide: the Nuba of Sudan*. Darin wird die sudanesisische Regierung schwerer Menschenrechtsverletzungen angeklagt, auch der Vergewaltigung als Mittel ihrer Arabisierungspolitik zu benutzen. Die siebzehnjährige Fawzia Jibreel war mit fünfzehn Mitgliedern ihrer Familie gefangenengenommen worden, konnte aber nach drei Monaten fliehen. Sie berichtet: „Nach Einbruch der Dunkelheit kamen die Soldaten und holten die Mädchen auf ihre Zimmer und vergewaltigten sie. Ich wurde geholt und vergewaltigt, aber ich habe mich geweigert, einen von ihnen zu heiraten ... Wenn eine Frau von vier oder fünf Männern vergewaltigt wird, schreit sie vor Schmerzen. Dann lassen die Soldaten sie in Ruhe, wenn sie gutmütig sind. Aber andere schlagen zu, damit sie ruhig ist, und machen weiter. Es war unmöglich, die Männer zu zählen, die mich vergewaltigt haben.“<sup>13</sup>

Diese Berichte ähneln teilweise bis ins Detail denen der Opfer der „ethnischen Säuberungen“ in Bosnien. In den Menschenrechtsverletzungen in Ägypten, Pakistan, dem Sudan und Bosnien realisiert sich das Prinzip der Subsumierung des Individuums unter das ethnische und/oder religiöse Kollektiv und das Prinzip der über alle Rechte erhabenen Superiorität des eigenen Kollektivs über die anderen – der Araber oder Serben über die Nubier oder muslimischen Bosnier, der Muslime oder Orthodoxen über die Ungläubigen und Andersgläubigen. „An individual shall be executed for a group and a group for an individual.“ Professor Biro hatte wohl nicht ganz unrecht, wenn er das als nicht mit dem Prinzip der Menschenrechte vereinbar ansah. „In den Augen der Muslime besteht die Menschheit aus Kollektiven ... Nur in dieser Kategorie denken zu können ist ein Zeichen einer vormodernen Kultur“ (Tibi, *Im Schatten Allahs*).

Auch in der islamischen Welt hat sich anscheinend in weiten Teilen nie ein Denken durchsetzen können, das allen Menschen unveräußerliche Rechte zusprach. Gleich können alle Menschen nur als Muslime sein – und wenn sie Männer sind. Die

<sup>12</sup> Zum Sudan unter den Fundamentalisten siehe insbesondere Bassam Tibi, *Die Verschwörung. Das Trauma arabischer Politik*. München: dtv 1994: „Der staatliche Zerfall des Sudan ähnelt der Situation im ehemaligen Jugoslawien, zumal die nordsudanesischen islamischen Fundamentalisten mit ihren Feinden ähnlich umgehen wie die Serben mit Muslimen und Kroaten in Bosnien-Herzegowina.“

<sup>13</sup> Alle Zitate nach Julie Flint, *The Independent on Sunday*, 23. Juli 1995

prinzipielle und gottgewollte Superiorität der Muslime ist von Muslimen nie ernsthaft und folgenreich in Frage gestellt worden – im Gegensatz zu den Christen, auch wenn diese historisch ein umfangreicheres Sündenregister vorweisen mögen. Die in den islamischen Ländern geübte Toleranz galt nie prinzipiell gleichberechtigten Anderen, sondern gewährte nur bestimmten Gruppen ein Existenzrecht in einem inferioren Status. Das war gewiss besser, als sie totzuschlagen oder zu versklaven, aber keine Toleranz im neuzeitlichen Sinne. „Der Islam herrscht, er wird nicht beherrscht“ (so ein Hadit) – tertium non datur.

### *Muslime als Opfer*

Das von Muslimen anderen angetane Unrecht entschuldigt oder mindert das den bosnischen Muslimen angetane Unrecht nicht im Geringsten. Aber die Empörung der islamischen Welt scheint eben nicht darauf zu beruhen, dass in Bosnien gegen die Menschenrechte verstoßen wird – ganz gleichgültig, ob es sich dabei um Muslime oder Christen, Bosnier oder Serben, Männer oder Frauen handelt –, sondern darauf, dass dort Muslimen von Nicht-Muslimen Unrecht angetan wird.

Auf einer Pressekonferenz Weihnachten 1992 in Sarajewo wies der UN-Generalsekretär Boutros-Ghali darauf hin, dass es vierzehn Orte in der Welt gebe, in der die Lage schlimmer sei als in Sarajewo. Das war, wie John Simpson im Spectator (23. Juli 1994) bemerkt, „nicht taktvoll, aber wahr“. (Simpson begab sich anschließend an einen dieser vierzehn Orte – Cuito in Angola – und konnte feststellen, dass es dort in der Tat erheblich schlimmer war als in Sarajewo.) Boutros-Ghali habe damit die westlichen Journalisten kritisieren wollen, so Simpson, deren Obsession mit Sarajewo einzig darauf beruhe, dass es eine europäische Stadt sei. Was aber erklärt die Obsession der islamischen Welt mit Sarajewo beziehungsweise Bosnien? Die Zahl der Opfer, die Abscheulichkeit der Verbrechen, die Hilfsbedürftigkeit der Menschen können es, wie gesagt, nicht sein. Da wären in der islamischen Welt genug Objekte der Fürsorge gegeben – von Algerien und Mauretanien oder Somalia über den Sudan bis Afghanistan und Osttimor. Dass die Muslime in aller Welt sich natürlich vor allem um das Leiden von Muslimen kümmern, ist so natürlich nicht (natürlich ist es im Kontext religiösen oder ethnischen Kollektivdenkens und -fühlers); im Westen würde das Argument, dass wir uns als Christen oder Atheisten in erster Linie um das Leiden von Christen und Atheisten oder von Menschen, die unsere Werte teilen, kümmern sollten, kaum akzeptiert werden. Es wird auch kaum vorgebracht, auch und gerade von den meisten Christen nicht. Vor allem aber zeigen die realen Hilfeleistungen der westlichen Länder, dass sie sich im Wesentlichen nach dem Grad der Hilfsbedürftigkeit und der Menschenrechtsverletzungen richten, nicht nach religiösen, rassistischen, ethnischen oder zivilisatorischen Kriterien. Den muslimischen Erdbebenopfern in der islamischen Republik Iran oder in Kairo wird ebenso geholfen wie den schwarzen Christen in Ruanda oder im stalinistischen Äthiopien.

Was im Fall Bosniens die leidenschaftliche Empörung der Muslime hervorruft, ist aber auch nicht allein die Tatsache, dass dort Muslime vertrieben, vergewaltigt und getötet werden – das hatte ja zum Beispiel nicht genügt, um eine breite Sympathiewelle für die Kurden oder Kuwait auszulösen oder, noch verwunderlicher, für Afghanistan. Warum wird überall in der islamischen Welt für Sarajewo, aber nicht für Kabul gesammelt? In demselben Zeitraum, in dem in Sarajewo 10000 Menschen getötet wurden, waren es in Kabul 12000. Der nominelle Premierminister und Fundamentalist Hekmatyar blockiert die Nahrungsmittellieferungen und zwingt die Hilfsorganisationen, über jeden Transport mit ihm zu verhandeln – wie der Führer der bosnischen Serben Karadzic.

Der Grund für die weitgehende Indifferenz in der islamischen Welt gegenüber dem Leiden der Muslime in Afghanistan scheint mir in folgendem zu liegen: Es lässt sich nicht in das Schema vom kreuzzüglerischen Westen und den von ihm verfolgten Muslimen einordnen, in das paranoide Verschwörungsdenken eines vom Westen veranstalteten Kreuzzugs zur Auslöschung des Islam. Dieses Schema erklärt wohl auch das sonderbare Phänomen, dass nicht die für die an den Muslimen begangenen Untaten verantwortlichen bosnischen Serben und deren Helfer, Milosevics' Rumpfjugoslawien und Russland, das Hauptobjekt der Empörung sind, sondern der Westen, der auch finanziell die Hauptlast des UNO-Einsatzes zum Schutz der Menschen in Bosnien trägt. Dem Westen, so der Vorwurf, gehe es vor allem darum, die Etablierung eines muslimischen Staates in Europa zu verhindern.

Der Krieg in Bosnien ermöglicht es so den Muslimen in aller Welt, sich als verfolgte Unschuld, als Opfer zu sehen – was wiederum der beste Grund ist, sich mit aller Kraft gegen seine Verfolger zu wehren und sie zu vernichten, bevor sie einen vernichten können: Nach der Rushdie-Affäre, schreibt der englische Fundamentalist Shabbir Akhtar im Guardian (5. März 1989), hätten die Muslime Grund zu der Annahme, dass die Kreuzzüge noch nicht beendet seien. Es scheine immer noch eine „Verschwörung des Westens“ zu geben. „Aber wie immer es sich damit verhält, wer sich das nächste Mal, wenn es Gaskammern in Europa gibt, darin befinden wird, steht außer Zweifel.“ In einem vom Rushdie-Virus verseuchten Europa müssten die Muslime dort ernsthaft entweder Emigration oder den Heiligen Krieg erwägen. Je heimtückischer und grausamer man sich die Verschwörung des Feindes denkt, desto legitimer, ja zwingend geboten erscheinen die entsprechenden Gegenmaßnahmen. Am 14. Februar 1994 trägt Yasmin Alibhai-Brown im Independent ihre Gedanken zur Lage der britischen Muslime fünf Jahre nach der Rushdie-Fatwa vor: „Überall in Europa sind mit der Verbreitung des weißen Tribalismus und Nationalismus die Muslime das Hauptobjekt von Hass und Gewalt geworden. Und dann noch die Schrecken von Bosnien! Selbst der bedächtigeste Muslim durchschaut nun die Sophisterei und Heuchelei der ›Neuen Weltordnung‹ und stellt Verbindungen zwischen Bradford und Bosnien her. Was damals, als der Akademiker Shabbir Akhtar von den Muslimen als potentiellen Holocaust-Opfern sprach, eine absurd apokalyptische Äußerung zu sein schien, ist innerhalb von vier Jahren zu einer realen Möglichkeit geworden.“ Es scheint nicht überflüssig darauf hinzuweisen, dass in Bradford – Ort der öffentlichen Verbrennung der Satanischen Verse, der neben Birmingham den höchsten Anteil von Muslimen an der Bevölkerung aufweist – weder die britische Armee noch sonst jemand die Muslime vertreibt, vergewaltigt, ermordet. Anders als die Minoritäten in fast allen islamischen Ländern genießen sie Religionsfreiheit und den Schutz der (englischen) Gesetze.<sup>14</sup>

Obwohl Muslime auch in England unter Xenophobie und Rassismus zu leiden haben, ist ein Vergleich mit der Lage der Juden im Dritten Reich völlig unangemessen.

In den Phantasmen von der westlichen Verschwörung kommt aber auch ein geradezu kindlicher Narzissmus zum Ausdruck. Alles dreht sich um den Islam, um die Muslime, ihn auszulöschen, sie in die Gaskammern zu stecken. Der Westen denkt immer nur an mich, den Muslim. So herrscht der Islam, wenn auch noch nicht in

<sup>14</sup> Zu einer realistischen Einschätzung siehe Philip Lewis, *Islamic Britain. Religion, Politics and Identity among British Muslims*. London: I.B. Tauris 1994. – Schon beim arabischen Nationalismus stellte Maxime Rodinson (*Die Araber*. Frankfurt: Suhrkamp 1981) fest: „Die arabische Nation ... hat immer das Gute gewollt und ist stets das unschuldige Opfer der Bösartigkeit anderer Völker gewesen.“ „Das arabische Volk betrachtete sich selbst im wesentlichen als Opfer – und wurde vom ›kritischen Westen‹ ... als solches angesehen.“

England oder Frankreich, so doch in den Köpfen der Engländer oder Franzosen: „The British establishment ... will never be satisfied until they take us away from our religion“, zitiert Alibhai-Brown militante antisemitische Fundamentalisten – die Haltung des englischen Establishments wie der überwältigenden Mehrheit im Westen zu dieser Frage ließe sich wohl eher mit dem geflügelten Wort „Frankly, my dear, I don't give a damn!“ beschreiben. Das Phantasma eines vom Feindbild Islam beherrschten Westens löst bei der verfolgten Unschuld immer neue Verbitterung, heftigere Aggressionen, größere Militanz aus.

### *Der Westen ist schuld*

In dem von ihnen herausgegebenen Feindbild Islam schreiben Hippler/Lueg einleitend: „In der halbamtlichen Wochenzeitung Das Parlament war man kürzlich schon so weit, den islamischen Ländern ›die freie Welt‹ gegenüberzustellen. ›Die freie Welt‹ – das sind wir.“ Diese Denkweise zu kritisieren, sei das Thema ihres Buches. Zwar konstatiert auch Hippler, dass der Nahe Osten „ja fast demokratiefrei (ist)“ – das „fast“ bezieht sich vermutlich auf Israel –, aber das scheint für ihn kein Grund, ihn der freien Welt gegenüberzustellen. Demokratie sei kein Synonym für Freiheit, heißt es bei einem anderen Feindbild-Islam-Kritiker, Richard Webster. Denn sie beruhe „auf einem Gesetzeskodex, der seinerseits aus dem selektiven Entzug von Freiheit besteht. Es wäre völlig falsch, in dieser Hinsicht einen absoluten Unterschied zwischen einer totalitären Gesellschaft und einer Demokratie zu sehen.“<sup>15</sup>

Den Irak Saddam Husseins kann man als typisches Produkt traditioneller, auf Klan und Familie und Patron-Klienten-Beziehung beruhender arabischer Machtpolitik betrachten, wobei der ideologische und staatliche Apparat (Baath-Partei, Parlament, Justiz etc.) nur eine pseudomoderne Fassade darstellt, als ein radikal prätorisches System oder eine Version des orientalischen Despotismus... Aber als „ein Bild vom Westen“, wie Udo Steinbach, Direktor des Deutschen Orient Instituts in Hamburg, im Spiegel (20. Januar 1992) schreibt, als „blinde entwicklungspolitische Imitation“ des Westens? Und der Westen ist für Steinbach nicht nur am Irak Saddam Husseins schuld, sondern auch gleich noch an „200 Jahren Stagnation“ in den islamischen Ländern seit 1798. Wenn dort (Napoleon in Ägypten) von Stagnation die Rede sein kann, dann laut Roger Owen in erster Linie für die Zeit von 1500 bis 1800. Owen nennt die Zeit von 1800 bis 1850 „das Zeitalter der Reformen“: politisch, militärisch, ökonomisch.<sup>16</sup>

Das Missverständnis, stellt resigniert Dieter Senghaas fest, dass die Entwicklungskrise in den Entwicklungsländern vom Westen verursacht sei, „ist

<sup>15</sup> Richard Webster, Erben des Hasses. Die Rushdie-Affäre und ihre Folgen. München: Knesebeck 1992. Websters Anarcho-Sponti-Ideologie – dass man nicht von wirklicher Freiheit sprechen könne, wo nicht alle alles machen dürfen – passt auch zum Einebnen wesentlicher Unterschiede zwischen den Angehörigen verschiedener Gesellschaftssysteme oder Kulturen bei den Feindbild-Islam-Kritikern. Der Anarcho-Sponti-Ideologie zufolge sind ja alle Menschen im Grunde ein Herz und eine Seele und werden nur von äußerlichem Plunder und den Umtrieben der Herrschenden (Grenzen, Staaten, juristischem Formelkram, Pfaffenbetrug oder Medienhetze) von einem harmonischen selbstbestimmten, multikulturellen Zusammenleben abgehalten. – Plausibler erscheint mir, dass es im Fall von Konflikten zwischen Zivilisationen nicht dadurch zu Kompromissen und einer Verständigung kommt, dass man die Differenzen leugnet oder trivialisiert. In zahlreichen Artikeln und Büchern zur islamischen Welt und zum Feindbild Islam verbindet sich so Apologetik mit antiwestlicher Haltung oder auch der Indifferenz oder Unkenntnis gegenüber wesentlichen Unterschieden zwischen den beiden Welten.

<sup>16</sup> Roger Owen, The Middle East in the World Economy. 1800–1914. London: Methuen 1981.

irgendwie unüberwindbar; in ihm dokumentiert sich eine erstaunliche wirtschaftshistorische Ignoranz.“<sup>17</sup>

Ähnlich wie Steinbach macht auch Robert Fisk den Westen für die Probleme der islamischen Länder verantwortlich. Auf die Frage nach den Gründen für die Grausamkeit im algerischen Bürgerkrieg beruft er sich auf die Ansicht eines Kollegen: wahrscheinlich hätten „132 Jahre brutaler französischer Unterdrückung und der fürchterliche Befreiungskrieg eine unaustilgbare Kultur der Gewalt“ hervorgebracht. Damit ist das beunruhigende Phänomen, dass Nicht-Westler so grausam wie Westler sein können, in das gängige Erklärungsschema eingeordnet: Der kolonialistische Westen ist schuld.

Fisk führt auch vor, wie man selbst für die inferiore Stellung der Frau in den islamischen Ländern den Westen verantwortlich machen kann: Der Gewalt von Despoten unterworfen, ist der muslimische Mann nur im Hause Herr und Meister; er hält sich für seine Unterdrückung und Demütigung an den Frauen schadlos. Freiheit der Frau hieße also Freiheit aller durch Abschaffung der Despotie. Das aber verhindere der Westen: „We need these dictators, as friends and as enemies, largely because they do our bidding“ (Independent, 13. September 1994): Über die Gleichberechtigung der muslimischen Frau wird also in den Hauptstädten des Westens entschieden. Vielleicht müssen wir uns aber gar keine Sorgen über die Unterdrückung der Frau in der islamischen Welt machen. Vittora Alliatas „Harem - Die Freiheit hinter dem Schleier“ liegt nun in 9. Auflage vor und schildert, so der Verlag, den Harem als „Ort weiblicher Würde und Selbsterfahrung“, der Schutz biete gegen die Bedrohung „durch die moderne Zivilisation“ des Westens. Malise Ruthven ist der Meinung, dass die Reislamisierung „paradoxe Weise“ auch den Frauen größere persönliche Freiheit bringen könne. Die von den Islamisten vorgeschriebene Kleidung stelle eine „new maturity“ dar.<sup>18</sup>

### *Die Apologie des Islamismus*

Als die islamischen Fundamentalisten Anfang 1995 in Algier als Rache für die vier von den französischen Spezialeinheiten bei der Flugzeugentführung getöteten Terroristen vier katholische Priester ermordeten, erklärte der Kardinal von Paris, Jean-Marie Lustiger, dass dies „ein Drama für das Gleichgewicht unserer beiden Zivilisationen“ sei. Keine sehr militante Reaktion: vier ermordete Menschen darf man getrost als Grenzwert des herrschaftsfreien Dialogs ansetzen. In der Zeit (6. Januar 1995) empörte sich jedoch Joachim Fritz-Vannahme – nicht über die vier Morde, sondern über Kardinal Lustiger: „Die Mörder erhielten von Lustiger die ersehnte Antwort: Mord ist nun mehr als Mord, ein Bürgerkrieg wird von der ›Gegenseite‹ als Religionskrieg gedeutet.“

Keine abwegige Interpretation, da sich die algerischen Islamisten in ihrem Bürgerkrieg auf vier ausländische Christen kapriziert hatten, nicht auf muslimische algerische Bürger. (Laut Time vom 9. Januar 1995 haben die extremistischen Islamisten in Algerien geschworen, das Land von „Juden, Christen und Ausländern, die Teil eines kolonialistischen Komplotts sind“, zu reinigen.) Lustiger wird so als Religionskrieger zum Komplizen der islamischen Fundamentalisten, die keine Religionskrieger sind, obwohl sie ersehnen, dass der Bürgerkrieg als Religionskrieg ... Eines ist aber zumindest auch dem Zeit-Kommentator klar: „Gegenseite“ ist nicht gut. Keine Feindbilder! Als wäre es nicht Ausdruck eines betrüblichen intellektuellen und politischen Versagens, in der GIA nicht den Feind alles dessen zu sehen, was am

<sup>17</sup> Dieter Senghaas, Die Wirklichkeit der Kulturkämpfe. In: Leviathan, Nr.2, 1995

<sup>18</sup> Malise Ruthven, Islam in the World. Harmondsworth: Penguin 1991

Westen verteidigungswert ist. Eine umfassende Apologie der fundamentalistischen islamischen Bewegungen hat John L. Esposito vorgelegt, Professor für Middle East Studies am College of the Holy Cross.<sup>19</sup>

„In den letzten Jahren vertreten die meisten islamischen Bewegungen eine populistische, partizipatorische, pluralistische politische Position und engagieren sich für Demokratisierung, Menschenrechte und Wirtschaftsreformen.“ Als Beispiel nennt Esposito unter anderem die algerische FIS. Espositos Weißwäscherei beruht vor allem auf fünf Argumenten, die auch bei den meisten anderen Feindbild-Islamismus-Kritikern auftauchen. Erstens: Die Fundamentalisten stellen eine „rich diversity“ zahlreicher Gruppen dar, keine einheitliche Bewegung (den Fundamentalismus gibt es nicht). Zweitens: Sie sind „authentic populist movements“, die kulturelle Identität und Wurzeln bewahren helfen. Drittens: Sie sind nicht antimodern. Viertens: Unter ihren Mitgliedern, insbesondere der Führungsschicht, gibt es zahlreiche vor allem technisch und naturwissenschaftlich Gebildete. Fünftens: Sie lehnen fast ausnahmslos Gewalt ab.

„Diversity“ und „variety“ gehören sicher zu den am häufigsten benutzten Wörtern in Espositos Buch. Sowenig es einen Islam gebe, sowenig gebe es eine fundamentalistische Bewegung. Islamische Politik sei eben nicht „monolithisch“, sondern habe „a rich diversity“ von Führern und Formen hervorgebracht. Aber was beweist das für diese Bewegungen? Jeder, der einen Blick auf die Geschichte des Faschismus geworfen hat, weiß, dass es den Faschismus nicht gibt, sondern eine „rich diversity“ faschistischer Bewegungen. Aber sie sind alle, in unterschiedlicher Gestalt und unterschiedlichem Maße, von Übel. Und es ist ja auch – etwa von Bassam Tibi oder Aziz Al-Azmeh (Merkur, Nr.556, Juli 1995) – darauf hingewiesen worden, dass alle diese verschiedenen Bewegungen doch wesentliche Gemeinsamkeiten haben, die nicht auf eine Vorliebe für den säkularen Staat, die Demokratie, den Pluralismus und die Menschenrechte schließen lassen.<sup>20</sup>

„Islamische Bewegungen mögen manchmal ausländergefährlich sein, sind aber selten antimodern“, stellt Esposito fest. Er geht – wie die Fundamentalisten auch – offenbar von einem arg reduzierten Begriff von Modernität aus. Gewiss wollen die Fundamentalisten nicht in dem Sinne ins Mittelalter zurück, dass sie auf Computer und die moderne Medizin verzichten (auch die Internationale der Neonazis treibt sich im Internet herum) oder auf die moderne Naturwissenschaft und Technik. Dabei geht es aber um eine Auffassung von (Natur-)Wissenschaft als Lieferant fertiger und fester Wahrheiten – das der modernen Wissenschaft zugrundeliegende Prinzip der Skepsis, der ständigen Infragestellung und Anzweifelung aller Ergebnisse, Theorien und Methoden muss ihnen fremd sein.<sup>21</sup> -----

---

<sup>19</sup> John L. Esposito, *The Islamic Threat. Myth or Reality?* New York: Oxford University Press 1992. Inzwischen auch als Taschenbuchausgabe 1994

<sup>20</sup> „The ideologies of contemporary Islamist movements are substantially similar in content and objectives.“ R. Hrair Dekmejian, *Islam in Revolution. Fundamentalism in the Arab World.* Syracuse: Syracuse University Press 1995. Siehe auch Rolf Stolz, *Die Mullahs am Rhein. Der Vormarsch des Islam in Europa.* München: Herbig 1994

<sup>21</sup> Zur Haltung der Islamisten gegenüber Wissen und Wissenserwerb, Natur- und Sozial-/Geisteswissenschaften siehe Sadik Al-Azm, *Unbehagen in der Moderne. Aufklärung im Islam.* Frankfurt: Fischer 1993. Unabhängig vom Islamismus und der Frage des Wissenschaftsverständnisses stellt sich in der gesamten islamischen Welt das dringende Problem des Analphabetismus. Die Mehrheit der Muslime in der Welt sind Analphabeten, in der Islamischen Republik Pakistan zwischen 70 und 80 Prozent. Anfang der achtziger Jahre schrieb Raphael Patai: „The Arab world as a whole is still one of the most illiterate areas in the world, and the illiteracy of women is, roughly, twice as high as that of men.“ (*The Arab Mind.* New York: Charles Scribner's Sons

Dass die islamischen Fundamentalisten keine Gegner der Moderne sein können, ergibt sich für Esposito auch daraus, dass viele ihrer Mitglieder eine moderne Erziehung genossen haben. Dass Menschen mit hohem Bildungsgrad so böse nicht sein können, ist eine vor allem bei Menschen mit hohem Bildungsgrad verbreitete Vorstellung. Das Dritte Reich oder der Stalinismus sollten uns da eines Besseren belehren.

Die Meinung Espositos, die Mehrzahl der Islamisten lehne Gewalt ab, wird auch von Udo Steinbach geteilt. „Der Hauptstrom der Islamisten“, erklärt er in einem Interview mit der Woche (6. Januar 1995), „ich würde sagen, etwa 90 Prozent“, wollten das Ziel einer „islamischen Ordnung“ „auf friedlichem Wege erreichen. Zum Beispiel die islamische Wohlfahrtspartei in der Türkei. Auch ein Teil der algerischen FIS dürfte in diesem Sinne demokratisch sein.“ (Sie wäre insofern demokratisch, als sie die Demokratie auf friedlichem Wege abschaffen möchte.) In „Islam in Revolution“, seiner Untersuchung des Fundamentalismus in der arabischen Welt, gibt Dekmejian im Anhang eine Liste der „Islamist Societies in the Arab World (1970s–1990s)“ und stuft sie unter anderem auch nach dem Grad ihrer Militanz ein (high – medium – low). Von den 175 Gruppen, die Dekmejian anführt, zeichnen sich 119 Gruppen durch hohe Militanz aus. Obwohl Steinbach einräumt, dass die angestrebte islamische Ordnung „am Ende ... möglicherweise auf etwas Totalitäres hinausläuft“, erklärt er: „Nicht der Islamismus als solcher ist unser Gegner“, sondern einer, der mit Militanz und Terror „die Umwandlung der bestehenden Ordnung anstrebt“. Die islamische Ordnung ist bereits in einigen Staaten realisiert worden, und sie hat ganz entschieden in allen Fällen etwas Totalitäres an sich. Dass die auf friedlichem Wege errichtete islamische Ordnung sich davon wesentlich unterscheiden wird, ist eher unwahrscheinlich. Wichtiger aber vielleicht noch als die Frage, wann wir wen als Gegner ansehen sollen, ist die, wie wir uns zu Bewegungen und Staaten verhalten, die uns als Gegner ansehen, und zwar ganz unabhängig davon, ob wir ihre Gefühle erwidern oder nicht.

„The vast majority of islamic organizations are moderate and work within the system“, versichert Esposito. Scheich Mohammed Al-Gazzali ist einer der zahlreichen islamistischen Schreibtischtäter innerhalb des Systems. Er ist Träger des saudi-arabischen Feisal-Preises für Verdienste um den Islam und einer Auszeichnung des pakistanischen Staates; die algerische Regierung, die ihn im Rahmen ihrer Arabisierung- und Islamisierungspolitik an die große Moschee von Constantine geholt hatte, wirft ihm heute vor, während seines Aufenthaltes in Algerien am Aufbau der FIS beteiligt gewesen zu sein. Al-Gazzali ist Theologe an der Al-Azhar, also Regierungsbeamter. Im Prozess gegen die Mörder Farag Foda<sup>22</sup> Ende Juni 1993 in Kairo trat er als Zeuge der Verteidigung auf. Er erklärte, dass jeder, der sich – wie Farag Foda – der Einführung des islamischen Rechts widersetze, ein Häretiker sei, der, wenn er nicht bereue und sein Handeln ändere, getötet werde. Für diejenigen, die Häretiker töteten, sei ihm aus dem islamischen Recht keine Strafe bekannt. Er klagte die ägyptischen Gerichte an, das islamische Recht nicht anzuwenden. Die Vollstreckung der nach islamischem Recht geltenden Todesstrafe stelle eine religiöse

---

1983, Revised Edition).. Siehe auch den Artikel von Dieter Weiss Weshalb sind die Muslime zurückgeblieben? in der Zeit (13.Mai 1994)

<sup>22</sup> Foda hatte seinen Gegnern, den moslemischen Fundamentalisten, vorgeschlagen, ihm anlässlich einer Diskussionsreihe an der Kairoer Universität Ain al-Schams gegenüberzutreten. An einem Junitag 1991 erhielt Foda einen Brief: ›Wir sind zur Diskussion bereit!‹ Am Tag darauf wurde er ermordet. Die Organisation Islamischer Dschihad (HeiligerKrieg), die ihn getötet hatte, erklärte: ›Die Diskussion hat stattgefunden, das Urteil wurde gefällt.‹ Zitiert nach Amir Taheri, Morden für Allah. Terrorismus im Auftrag der Mullahs. München: Knaur 1993.

Pflicht dar, auch wenn die Gerichte sie nicht verhängt haben. Al-Gazzali, der als Autor eines autoritativen Buches über „islamische Menschenrechte“ gerühmt wird, kann sich der Sympathie und der Unterstützung von Parlamentariern und der konservativen Kreise des ägyptischen Establishments sicher sein. Warum sollte er seinen Islamismus und die von ihm geforderte Lynchjustiz selber in die Tat umsetzen und sich den Gefahren der Illegalität aussetzen? Dort gibt es genug militante Gruppen, die wissen, was zu tun ist, wenn Al-Gazzali spricht.

Nach all den von Islamisten begangenen oder angedrohten Morden und Gewalttaten an Schriftstellern, Intellektuellen, Künstlern in der islamischen Welt von Algerien bis Bangladesh schreibt Malise Ruthven in der London Review of Books (6. Juli 1995), dass der Islamismus kein „totalitarian onslaught comparable to attacks on intellectuals in Nazi Germany or the former Soviet bloc“ sei. Es ist nicht recht einzusehen, warum das nicht vergleichbar sein soll: In allen drei Fällen sind die nicht anpassungsbereiten Intellektuellen zu guter Letzt zum Schweigen gebracht worden, im Exil oder tot. – Weiter heißt es bei Ruthven, dass die Familie und der „private family space“ auch unter islamistischer Herrschaft sakrosankt bleibe, da sie durch die Scharia geschützt seien. Dagegen sprechen die Aktivitäten der Islamischen Revolutionären Komitees im islamistischen Iran und der Religionspolizei (muttawin) im fundamentalistischen Saudi-Arabien sowie der Fall des Professors an der Universität Kairo, Nasser Hamed Abuzaid, der wegen seiner Bücher über das islamische Recht der Häresie angeklagt wurde und dessen Scheidung von seiner Frau, Ibthial Yunis-Abuzaid, ein ägyptisches Gericht – gegen beider Willen – am 14. Juni 1995 verfügte. Er sei ein Apostat, dessen Veröffentlichungen den Islam attackierten, und könne so nicht weiterhin mit seiner muslimischen Frau verheiratet bleiben.

Olivier Roys „The Failure of Political Islam“ ist eine brillante Analyse des islamischen Fundamentalismus.<sup>23</sup> Die zentrale These Roys – der Titel deutet es an – besagt, dass der Islamismus auch dort, wo er an die Macht kam, historisch versagt habe, insofern er keine „neue Gesellschaft“, keine „neuen politischen Formen“ geschaffen habe. Er diene heute nur mehr als Fassade einer politischen Logik, die sich ihm entziehe, nämlich der Logik der traditionellen ethnischen, tribalen und kommunalen Spaltungen und Machtkämpfe. „Es ist nicht so, dass der Islamismus von der politischen Szene verschwindet. Im Gegenteil – von Pakistan bis Algerien breitet er sich aus, wird zu etwas Alltäglichem und in die Politik integriert und wirkt sich auf Sitten und Konflikte aus.“ Roy interpretiert das jedoch als eine Integrierung der Islamisten ins Bestehende, ihre „Sozialdemokratisierung“, wie er sich ausdrückt. Genau das aber ist meiner Ansicht nach falsch, es findet nämlich das Gegenteil von Sozialdemokratisierung statt: nicht die sozialistische Revolution wird bürgerlich, sondern das Bürgertums sozialistisch, um in Roys Bild zu bleiben. In La revanche de Dieu erklärt Gilles Kepel, „es wäre falsch anzunehmen, dass die Reislamisierung ›von unten‹ in ihrer Ablehnung der säkularen und demokratischen Gesellschaftsform weniger radikal wäre als die Hizbollahs und andere Soldaten des Dschihad“.<sup>24</sup>

Laut Tibi ist „die fundamentalistische Weltansicht die heute vorherrschende unter den Muslimen“.<sup>25</sup> Es ist keineswegs sicher, dass der Versuch der etablierten Eliten in Ländern wie Ägypten oder Pakistan, den Islamismus populistisch zur

<sup>23</sup> Olivier Roy, *The Failure of Political Islam*. Cambridge (Mass.): Harvard University Press 1994

<sup>24</sup> Gilles Kepel, *La revanche de Dieu. Chrétiens, juifs et musulmans à la reconquête du monde*. Paris: Editions du Seuil 1991

<sup>25</sup> Bassam Tibi, *Die fundamentalistische Herausforderung. Der Islam in der Weltpolitik*. München: Beck 1992



Herrschaftssicherung zu benutzen und ihm immer mehr Konzessionen zu machen, Erfolg hat. David Lamb: „Schritt für Schritt sind die Regierungen vor den Fundamentalisten zurückgewichen, so dass ihnen kaum noch Spielraum geblieben ist.“

Die Geschichte der iranischen Revolution zeigt, wie sehr sich die Irren, die glauben, den Islamismus für ihre Zwecke benutzen zu können (man könnte es den Papen-Schleicher-Irrtum nennen). Sie sind im Exil, im Untergrund oder mausetot. Algerien, wo bereits fünf Jahre nach der Unabhängigkeit mit der Politik der Reislamisierung und Arabisierung begonnen worden war und das schließlich die – vor allem aus Ägypten – gerufenen fundamentalistischen Geister buchstäblich nicht mehr los wurde, stellt ein weiteres Beispiel für diesen Irrtum dar. Wie Roy spricht auch Dekmejian im Hinblick auf den politischen Islam von einem Scheitern – aber von einem Scheitern der arabischen Regime bei ihren Versuchen, „den Islamismus durch eine Mischung von kooptierenden und Zwangsmaßnahmen unter Kontrolle zu halten“, und führt dafür eine lange Liste von Beispielen an. Ein Überblick über die Geschichte der islamistischen Bewegungen im 20. Jahrhundert lasse „im Verlauf des Jahrhunderts eine unaufhaltsame Bewegung zum Radikalismus hin“ erkennen.

Es stimmt sicher, dass die Islamisten keine neue Gesellschaft errichtet haben, was immer die Kriterien für eine neue Gesellschaft wären. Aber man wird auch nicht bezweifeln können, dass sich der heutige Iran erheblich von dem des Schah-Regimes unterscheidet. (Die Faschisten haben auch keine neue Gesellschaft geschaffen und doch wesentliche und auch sehr unerfreuliche Veränderungen durchgesetzt.) Dass die Islamisten keine Lösungen für die zentralen Probleme der islamischen Länder vorzuweisen haben, ist evident. Aber daraus folgt keineswegs, dass sie machtpolitisch erfolglos sein müssen. Pol Pots Gesellschaftsmodell war sicher ungeeignet für die Lösung der realen Probleme Kambodschas, aber die Folgen der Anwendung dieses Modells waren sehr real und fürchterlich. Angesichts der Folgen der antimodernen, antiwestlichen faschistischen und kommunistischen Gesellschaftsmodelle scheint es zumal im Interesse der davon Betroffenen angeraten, dem antimodernen und antiwestlichen islamistischen Gesellschaftsmodell diese Gelegenheit, „sich selber zu diskreditieren“, wie Esposito aus sicherer Entfernung vorschlägt, nicht zu geben. Zumindest sollte man es nicht unterstützen.

Nach der Ermordung des Japaners Igarashi, des Übersetzers von Rushdies The Satanic Verses, erklärte der Sprecher der Pakistan Association of Japan: „Da Japan kein islamisches Land ist, verstößt dieser Mord gegen das japanische Recht, aber nach islamischem Recht geht das durchaus in Ordnung. Wir haben uns heute beglückwünscht. Wir waren alle wirklich sehr froh.“ Japan ist ein säkularer Staat. Die Muslime dort genießen Religionsfreiheit. Der Islam sieht aufgrund ihrer Vielgötterei für die japanischen Schintoisten nur die Bekehrung zum Islam, die Hinrichtung oder die Versklavung vor. Der Sprecher der Pakistan Association of Japan beklagte, dass die Japaner „wie die Tiere“ seien. „Sie achten die Religion anderer Menschen nicht. Man muss ihnen eine Lektion erteilen.“<sup>26</sup>

Wie gesagt, wir wissen noch zu wenig.

Aus Merkur, Nr.558/559, September/Oktober 1995 und Nr. 631, November 2001 (erstmal online in der Alten Sichel mit freundlichen Genehmigung der Redaktion Merkur)

---

<sup>26</sup> Zitiert nach Daniel Easterman